

Ulrich Hohoff

Zukünftige Aufgaben für Hochschulbibliotheken in Deutschland

Empfehlungen aus bundesweiter Perspektive – Schwerpunkt
Forschung

Abstract: Die Beratungsgremien der Wissenschaftspolitik und die Selbstverwaltungsorganisationen der Wissenschaft in Deutschland haben seit 2008 das Thema „Informationsinfrastrukturen für die Wissenschaft“ bearbeitet und dabei die Rolle der wissenschaftlichen Bibliotheken aus bundesweiter Perspektive berücksichtigt. Der Beitrag gibt einen Überblick über die in den Jahren 2011–2013 vorgelegten Empfehlungen und Planungspapiere; der Schwerpunkt liegt auf der Unterstützung der Forschung.

Keywords: Bundesrepublik Deutschland, Hochschulbibliothek, Zukunft, Aufgabenplanung, Empfehlungen, Wissenschaftsrat, Deutsche Forschungsgemeinschaft, Kommission „Zukunft der Informationsinfrastruktur“, Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen, Bundesministerium für Bildung und Forschung

Grundlagen der Wissenschaftspolitik im föderalistischen System

Nach dem Grundgesetz nehmen die Bundesländer die Verantwortung für die Hochschulen wahr. Seit einer Grundgesetzänderung im Jahr 2006 sind sie sogar allein dafür zuständig. Bundesländer können durch Vereinbarungen zusammenwirken; Beispiele dafür sind die regionalen Verbundsysteme und der Leihverkehr. Bund und Länder dürfen in Hochschulfragen nur in definierten Fällen zusammenwirken. Das ist laut GG Art. 91b bei Vorhaben in Wissenschaft und Forschung von überregionaler Bedeutung möglich, außerdem bei Forschungsbauten (einschließlich Großgeräten, z. B. Bibliotheksinformationssystemen) und bei Leistungsvergleichen im Bildungswesen.

Trotzdem sind laufend Fragen der Hochschulpolitik, der Hochschulplanung und der Hochschulverwaltung bundesweit zu diskutieren und zu klären. Dafür haben sich Gremien und Strukturen herausgebildet. So regelt die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) der Länder und des Bundes zum großen Teil die überregionalen Planungs- und Verwaltungsfragen. In Fragen der Hochschulpolitik, der Hochschul-

planung und der Hochschulorganisation sind der Wissenschaftsrat (WR) und die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) die wichtigsten Berater der Wissenschaftspolitik. In der Spitzenforschung spielt die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die größte Organisation zur Forschungsförderung in Europa, für Hochschulbibliotheken eine entscheidende Rolle. Dort wirken Bibliothekare auch mit. Überhaupt ist die starke Rolle von Selbstverwaltungsorganisationen der Wissenschaft wie HRK und DFG ein Merkmal der deutschen Wissenschaftspolitik.

Die Beratungsgremien der Wissenschaftspolitik und die Selbstverwaltungsorganisationen haben seit 2008 das Thema „Informationsinfrastrukturen für die Wissenschaft“ bearbeitet und in den Jahren 2011–2013 eine Reihe von Empfehlungen und Planungspapieren dazu vorgelegt. Dieser Beitrag schließt chronologisch an jenen von Wilfried Sühl-Strohmenger im vorliegenden Band an. Er gibt einen Überblick vor allem über aktuelle Empfehlungen des WR, der Kommission „Zukunft der Informationsinfrastruktur“ (KII) im Auftrag der GWK, der DFG sowie der Allianz der großen Wissenschaftsorganisationen. Dabei liegt die Betonung auf Fragen, welche auch die Zukunft der Hochschulbibliotheken und das Umfeld für deren Dienstleistungen berühren. Der Beitrag berücksichtigt auch Reaktionen der Bibliothekswelt zu den Planungen.

Die Hochschulbibliothek als Baustein einer nationalen Informationsinfrastruktur für die Wissenschaft

Die bundesweiten Gremien verwenden in ihren aktuellen Empfehlungen eine neue Terminologie in einem neuen Zusammenhang. Sie sehen die Hochschulbibliothek nicht nur, wie bisher, als eine Forschung und Lehre unterstützende Einrichtung an, sondern als eine Infrastruktur für die Wissenschaft. Die WR-Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Informationsinfrastrukturen vom Juli 2012 definieren diese so:

[...] diejenigen teilweise einzigartigen Einrichtungen, Ressourcen und Dienstleistungen in öffentlicher oder privater Trägerschaft [...], die speziell für wissenschaftliche Zwecke errichtet, mittelfristig bis tendenziell permanent bereitgestellt werden und für deren sachgerechte Errichtung, Betrieb und Nutzung spezifische fachwissenschaftliche oder interdisziplinäre (Methoden-)Kompetenzen erforderlich sind. Ihre Funktion ist es, Forschung, Lehre und Nachwuchsförderung zu ermöglichen oder zu erleichtern.¹

¹ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Informationsinfrastrukturen in Deutschland bis 2020. Berlin 13.7.2012 (Drs. 2359-12), S. 15–16. <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/2359-12.pdf> (4.10.21013). So auch schon im Vorgänger-Papier: Wissenschaftsrat: Übergreifende Stellungnahme zu Informationsinfrastrukturen (2011). In: Wissenschaftsrat: Empfehlungen zu Informationsinfrastrukturen. Bonn: Wissenschaftsrat 2011. S. 23.

Die Betrachtung blendet weitere Funktionen der Hochschulbibliothek für Dozenten, für Studierende und für die wissenschaftliche Weiterbildung aus. Zumindest die Lehre wird etwas später aber noch genannt, wo der WR die Informationsinfrastruktur näher als Infrastruktur für die Forschung definiert. „Informationsinfrastrukturen sind Forschungsinfrastrukturen, die für Forschung und Lehre relevante Träger von Daten, Informationen und Wissen unter systematischen Gesichtspunkten sammeln, pflegen sowie für eine wissenschaftliche Nutzung bereitstellen und zugänglich machen.“² Der WR führt auch jene Infrastrukturen auf, welche die Kriterien erfüllen:

Demzufolge gehören insbesondere a) wissenschaftliche Datenerhebungen, Datensammlungen und (Bild-)Datenbanken einschließlich Forschungsdaten- und Datenservicezentren, b) Archive, Bibliotheken, objektbezogene Sammlungen und Fachinformationszentren samt der auf a) und b) bezogenen Forschung sowie c) Simulationsdaten und -datenbanken zu den Informationsinfrastrukturen. Diese erfüllen heute verschiedene Funktionen für alle Felder der Wissenschaft.³

Im Hinblick auf ihre Forschungsfunktion steht für den WR die Hochschulbibliothek mit einer größeren Datensammlung oder einer musealen Sammlung an der Hochschule auf einer Stufe. Das sollte kein Grund sein, die Empfehlungen enttäuscht zur Seite zu legen. Denn bei den Zukunftsaufgaben, welche konkret analysiert sind, stehen einige Themen aus der Bibliothekswelt im Mittelpunkt.

In den Empfehlungen plädiert der WR auch für eine Aufwertung von Informationsinfrastrukturen. Sie seien ein „unverzichtbarer und gleichwertiger Bestandteil des Wissenschaftssystems“. Die bisher mangelnde Anerkennung dieser Einrichtungen und ihrer Leistungen sei eine Ursache dafür, dass sie heute nicht überall in der Lage seien, Leistungen auf dem Stand der Wissenschaft zu erbringen.⁴

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrats für neue Strukturen der regionalen Verbundsysteme

Nahezu zeitgleich legten zunächst Anfang 2011 der WR umfangreiche „Empfehlungen zur Zukunft des Bibliothekarischen Verbundsystems in Deutschland“⁵ und der Ausschuss für wissenschaftliche Bibliotheken und Informationssysteme der DFG (AWBI) ein kürzeres „Positionspapier zur Weiterentwicklung der Bibliotheksverbünde als

² Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Weiterentwicklung (wie Anm. 1).

³ Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Weiterentwicklung (wie Anm. 1), S. 17–18.

⁴ Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Weiterentwicklung (wie Anm. 1), S. 67.

⁵ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Zukunft des bibliothekarischen Verbundsystems in Deutschland (2011). In: Wissenschaftsrat: Empfehlungen zu Informationsinfrastrukturen. Bonn: Wissenschaftsrat 2011. S. 283–364.

Teil einer überregionalen Informationsinfrastruktur“⁶ vor. Eine gemeinsame Erklärung von WR und DFG „zur Zukunft der Bibliotheksverbünde“ erschien wenige Tage später und fasste Vorstellungen zusammen, die beiden Gremien gemeinsam sind.⁷

Die Analysen des WR und des DFG-Ausschusses fallen kritisch aus und geben ihnen Anlass, einschneidende Reformen vorzuschlagen. Dabei ist es wichtig zu sehen, dass die sechs regionalen Verbundsysteme hier aus bundesweiter Sicht beurteilt werden. Die Bundesländer hatten das Nebeneinander von sechs separaten, regionalen, historisch gewachsenen, miteinander kooperierenden Verbünden mit ziemlich ähnlichen Aufgaben nicht als Problem angesehen. Das Modell von WR und DFG hätte Folgen für die Hochschulbibliothekssysteme, da sie sowohl die Mehrzahl der Daten für die Verbünde zuliefern als auch Nutzer und Abnehmer der Dienstleistungen der bisher regional organisierten Verbundzentralen sind. Die „wissenschaftlichen Universalbibliotheken“ in der Sektion 4 des Deutschen Bibliotheksverbands (DBV) baten in ihrer öffentlichen Stellungnahme zu den WR-Empfehlungen darum, zunächst einmal drei Punkte zu klären: ob die Forderung nach einem bundesweit einheitlichen Nachweissystem technisch und funktional sinnvoll und umsetzbar sei, welcher Bedarf an Diensten in den Bibliotheken tatsächlich bestehe, sowie, welche Dienste weiterhin regional und welche bundesweit anzubieten seien.⁸ Aus fachlicher Sicht gab es auch noch weitere Einwände: Eingriffe in Länderangelegenheiten wie die regionalen Verbünde seien rechtlich problematisch, die Definition der Basis- und Spezialdienste und deren Verhältnis sei unscharf und die Reduktion der Erschließung kurzsichtig. Auch die vorgeschlagene Steuerung ‚des Verbundsystems‘ durch ein nationales Gremium könne die bestehenden rechtlichen und strukturellen Probleme nicht lösen.⁹

6 DFG, Ausschuss für Wissenschaftliche Bibliotheken und Informationssysteme: Positionspapier zur Weiterentwicklung der Bibliotheksverbünde als Teil einer überregionalen Informationsinfrastruktur. Bonn 2011. http://www.dfg.de/download/pdf/foerderung/programme/lis/positionspapier_bibliotheksverbuende.pdf (4.10.2013).

7 Wissenschaftsrat, Deutsche Forschungsgemeinschaft: Zur Zukunft der Bibliotheksverbünde als Teil einer überregionalen Informationsinfrastruktur in Deutschland. In: Wissenschaftsrat: Empfehlungen zu Informationsinfrastrukturen. Bonn: Wissenschaftsrat, 3.2.2011. S. 365–368.

8 DBV, Sektion 4: „Zukunft der Verbundsysteme – Stellungnahme zu den Empfehlungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft und des Wissenschaftsrates, 22.11.2011, S. 2. http://www.bibliotheksverband.de/fileadmin/user_upload/Sektionen/sektion4/Publikationen/2012_05_30_Stellungnahme_HSB_zuKII_finale_Version.pdf (4.10.2013).

9 Vgl. die Diskussionsbeiträge: Hohoff, Ulrich: Weniger Bibliotheksverbünde, mehr neue Dienste! Der Wissenschaftsrat empfiehlt radikale Reformen. In: Verein Deutscher Bibliothekare: VDB-Mitteilungen (2011) H. 1. S. 8–12; Haubfleisch, Dietmar: Die aktuellen Empfehlungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft und des Wissenschaftsrates zur Zukunft der Bibliotheksverbünde aus Sicht einer Universitätsbibliothek. In: Bibliotheksdienst (2011) H.10. S. 843–867; Wiesenmüller, Heidrun: Die Zukunft der Bibliotheksverbünde. Ein kritischer Blick auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrates und der Deutschen Forschungsgemeinschaft. In: BuB – Forum Bibliothek und Information (2011) H.11/12. S. 790–796.

Die Empfehlungen der Kommission „Zukunft der Informationsinfrastruktur“ – KII (2011)

Anfang 2011 hatte der WR in seinen Empfehlungen zum bundesweiten Verbundsystem bereits vorgeschlagen, überregionale Verbunddienste zu drei Aufgabenfeldern ins Leben zu rufen. Bei dem ersten Aufgabenfeld (elektronische Publikationen) geht es um Zusatzdienste in der Lizenz- und Endnutzerverwaltung, beim Hosting, bei Open Access, bei Repositorien an den Hochschulen, bei Digitalisierung und Langzeitarchivierung. Beim zweiten Aufgabenfeld (virtuelle Lehr- und Forschungsumgebungen) sah der WR deren Betriebsunterstützung als notwendig an, außerdem die Erschließung von Forschungsdaten und den Zugang zu ihnen. Als drittes Aufgabenfeld ist die Unterstützung der wissenschaftlichen Nutzer genannt. Hier mahnte der WR Rechercheportale für verteilte Informationsquellen an, außerdem die Nutzung des Semantic Web und des Social Web.¹⁰

Bald darauf, im April 2011, legte die Kommission „Zukunft der Informationsinfrastruktur“ (KII) ihr „Gesamtkonzept für die Informationsinfrastruktur in Deutschland“ vor.¹¹ Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz des Bundes und der Länder (GWK) hatte 2009 die Leibniz-Gemeinschaft (WGL) gebeten, die Erarbeitung dieser Empfehlungen zu koordinieren, und diese wählte dann Vertreter der wissenschaftlichen Einrichtungen und der wissenschaftlichen Nutzer für die Kommission aus. Die KII identifizierte in ihrem Konzeptpapier acht übergreifende Handlungsfelder für neue bundesweit koordinierte Dienstleistungen.¹² Fünf dieser Handlungsfelder hatte die Schwerpunktinitiative „Digitale Information“ der Allianz der großen Wissenschaftsorganisationen bereits in Angriff genommen, nämlich die nationale Lizenzierung, das Hosting, Open Access, Forschungsdaten und virtuelle Forschungsumgebungen. Die Initiative sieht diese Felder als Schwerpunkte für die Jahre 2013 bis 2017 an.¹³

Die Kommission KII ergänzte das Feld Hosting um die Langzeitarchivierung und fügte drei weitere Handlungsfelder hinzu: Nichttextuelle Materialien (gemeint sind etwa Audio-, Video- und CAD-Materialien), Retrodigitalisierung/kulturelles Erbe und Informationskompetenz/Ausbildung. Zu den vom WR 2011 empfohlenen nutzerbezogenen Portalen äußerte sich KII nicht. Einige der durch KII hinzugefügten Handlungsfelder (nämlich Forschungsdaten, Langzeitarchivierung, Retrodigitalisierung

¹⁰ Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Weiterentwicklung (wie Anm. 1), S. 294.

¹¹ Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur: Gesamtkonzept für die Informationsinfrastruktur in Deutschland. Empfehlungen der Kommission [...] im Auftrag der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz des Bundes und der Länder. Bonn: GWK, April 2011. http://www.allianzinitiative.de/fileadmin/user_upload/KII_Gesamtkonzept.pdf (4.10.2013).

¹² Vgl. Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur, Gesamtkonzept (wie Anm. 11).

¹³ Nähere Ausführungen enthält das Leitbild: Schwerpunktinitiative „Digitale Information“ und Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen: Fortsetzung der Zusammenarbeit in den Jahren 2013 bis 2017 (München, 26. Juni 2012). http://www.allianzinitiative.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunktinitiative_2013-2017.pdf (23.10.2013).

und kulturelle Überlieferung) hatte der WR bereits in seinem zweiten Papier von 2011, den „Empfehlungen zu Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften“, als wesentlich benannt.¹⁴ Diese WR-Empfehlungen lenken zugleich den Blick über die nationale Betrachtungsweise hinaus auf die Anschlussfähigkeit deutscher Initiativen zu Forschungsinfrastrukturen in Konzepte der Europäischen Union. Dort ist das EU-Vorhaben „European Strategy Forum on Research Infrastructures“ (ESFRI) entscheidend.¹⁵

An Vorschlägen für zusätzliche bundesweite Dienstleistungen mangelt es also nicht. Die Hochschulbibliotheken sehen die Mehrzahl als hilfreich an, wenn auch die Details der Umsetzung abzuwarten sind. Auf einigen Arbeitsfeldern können kleinere und mittelgroße Hochschulbibliothekssysteme künftig Beratung vor Ort anbieten, größere an einer auf die jeweilige Fachcommunity abgestimmten bundesweiten Dienstleistung mitarbeiten, z. B. an zitierbaren Rohdaten als Bestandteil von wissenschaftlichen Publikationen.

Zu den KII-Empfehlungen bleibt kritisch anzumerken, dass die Planung aus einem Gremium kommt, in dem Hochschulbibliotheken und ihre wissenschaftlichen Nutzer zu wenig mitwirken konnten. Auch weist die KII darauf hin, dass der Bedarf in und die Planung für lokale Hochschul- und Forschungseinrichtungen nicht ihr Auftrag waren.¹⁶ Für Hochschulbibliothekssysteme birgt diese Einschränkung die Gefahr, dass der Sachverstand der Bibliothekare und die Anforderungen der Wissenschaftler an Hochschulen kaum berücksichtigt werden, obwohl letztere die Hauptnutzer der künftigen Dienste sind. Daraus können Fehlentwicklungen entstehen.¹⁷ Im Gegensatz dazu hat der WR 2011/2012 mehrfach betont, dass in Zukunft Forschungsinfrastrukturen, zu denen er die Informationsinfrastrukturen zählt, häufiger an Hochschulen angesiedelt werden sollten.

Die Stellungnahme der Hochschulbibliotheken zum KII-Konzept legt Wert auf diese Punkte.¹⁸ Sie zeigen auch an Beispielen, dass zentrale Strukturen nur sinnvoll

14 Wissenschaftsrat: Empfehlungen zu Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften (2011). In: Wissenschaftsrat: Empfehlungen zu Informationsinfrastrukturen. Bonn: Wissenschaftsrat 2011, S. 71–156 (und die Anhänge S. 157–207).

15 Website: http://ec.europa.eu/research/infrastructures/index_en.cfm?pg=esfri (09.03.2014). Zu den Details für Bibliotheken in diesen WR-Empfehlungen vgl. Hohoff, Ulrich: Bessere Infrastrukturen für die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung. Der Wissenschaftsrat zieht Bilanz und fordert mehr Aufbauarbeit. In: ABI Technik (2011) H.1. S. 2–10.

16 Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur, Gesamtkonzept (wie Anm. 11), S. 8.

17 Als Beispiele hierfür kann man die Fachinformationsprogramme früherer Bundesregierungen, die bundesweit fachliche Informationszentren abseits von Hochschulen förderten, und das gescheiterte Verbundprojekt VASCODA ansehen.

18 Zum Folgenden vgl. DBV, Sektion 4: Die Hochschulbibliotheken und die Entwicklung der Informationsinfrastrukturen in Deutschland. Stellungnahme [...] zu den Empfehlungen der Kommission „Zukunft der Informationsinfrastruktur“ (Gesamtkonzept der KII), 29.5.2012. http://www.bibliothekerverband.de/fileadmin/user_upload/Sektionen/sektion4/Publikationen/2011_Sekt_4_DBV_Stellungnahme_Verbundsystem.pdf (4.10.2013).

sind, wenn sie auf lokalen Strukturen aufbauen oder diese unterstützen können. Die Hochschulbibliotheken schlagen vor, ihr Know-how und ihre Praxiserfahrung in die neuen Konzeptionen einzubringen. Des Weiteren erwähnen die KII-Empfehlungen übrigens auch die Bibliotheksverbände nicht. All diese Partner könnten wertvolle Expertise aus der Praxis der Hochschulbibliotheken – und der Kenntnis der wissenschaftlichen Nutzer – zur Planung von Informationsinfrastrukturen beitragen.

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Informationsinfrastrukturen in Deutschland (2012)

Für die Jahre bis 2020 spricht der WR in seinem zusammenfassenden Papier „zur Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Informationsinfrastrukturen in Deutschland“ Empfehlungen an die Förderorganisationen, an die Wissenschaft selbst und an deren Träger aus.¹⁹

Die drei übergeordneten Empfehlungen rufen zunächst den Bund und die Bundesländer auf, die Grundfinanzierung ihrer Einrichtungen („insbesondere an Hochschulen“) unbedingt sicherzustellen und in Zukunft hierfür „in relevantem Umfang“ zusätzliche Mittel bereitzustellen. Des Weiteren wird empfohlen, rasch einen „Rat für Informationsinfrastrukturen“ als bundesweites Strategiegremium für die anstehenden Entscheidungen ins Leben zu rufen. Drittens plädiert der WR dafür, strukturbildende bundesweite Koordinationsaufgaben durch ein wettbewerbliches Verfahren mit Ausschreibung zu ermitteln, anstatt, wie von KII vorgeschlagen, auf Bundesebene tätige Institutionen direkt zu beauftragen.

Bund und Länder sollen sich in dem „Rat“ über Neugründungen, Schließungen und Zusammenführungen bei Informationsinfrastrukturen abstimmen. Allerdings sind dessen Kompetenzen nicht genauer definiert: Er wird daher auf das Wohlwollen aller Beteiligten angewiesen sein.²⁰ Diese sollen laut WR außerdem den Aufbau von Zentren für (vor allem qualitative) Forschungsdaten und Datenservices unterstützen.

An die Informationsinfrastrukturen selbst richtet sich u. a. die Empfehlung, das Spartendenken aufzugeben und Angebote stärker funktional zu planen. Folglich sind bessere Abstimmungen, mehr Kooperation und die Bereitschaft zur Arbeitstei-

¹⁹ Zum Folgenden vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Weiterentwicklung (wie. Anm. 1), S. 8–14. Eine kritische Analyse grundlegender Aspekte der Empfehlungen nimmt vor Thiessen, Peter: Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates „zur Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Informationsstrukturen in Deutschland bis 2020“. Inhalt und kritische Bewertung im Hinblick auf das wissenschaftliche Bibliothekswesen. In: Perspektive Bibliothek (2013) H. 1. S. 59–92. <http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/ojs/index.php/bibliothek/article/view/10346> (17.11.2013).

²⁰ Hierzu kritisch Thiessen, Empfehlungen (wie Anm. 19), S. 77–78.

lung erforderlich. Die Forschungsförderer sollen als wissenschaftsrelevante Akteure durch Projekte Anreize zu Verbesserungen geben und vor allem ihre Förderkriterien für (Forschungs-)Infrastrukturleistungen öffnen. Die DFG, die in diesem Punkt schon lange aktiv ist, soll „in die Lage versetzt werden, die für die Digitale Transformation bereit gestellten Fördermittel für weitere zehn Jahre aufzustocken“ sowie ihre gültigen Digitalisierungsstandards weiterzuentwickeln. Des Weiteren wendet der WR sich an Hochschulen und nichtuniversitäre Forschungseinrichtungen. Sie sollen in der wissenschaftsnahen Vermittlung von Medienkompetenzen aktiv werden, auch für wissenschaftlich vorgebildete Berufstätige, sowie Angebote für das Studium und die Fortbildung der Mitarbeiter in Informationsinfrastrukturen machen.

Die künftigen Handlungsfelder für Informationsinfrastrukturen legt der WR teilweise anders fest als KII. Bei den Querschnittsaufgaben Hosting und virtuelle Forschungsumgebungen folgt er KII, bei den Handlungsfeldern Lizenzierung, Open Access und Informationskompetenz nimmt er leichte Modifikationen vor. Ergänzungen zum KII-Konzept finden sich bei den Handlungsfeldern digitale Transformation, Forschungsdaten und Langzeitarchivierung im WR-Papier. Als weiteres zentrales Handlungsfeld der Zukunft fügt der WR – über den Auftrag von KII hinaus – die nicht-digitalen Medien und Objekte hinzu.

Wie zu erwarten, bettet der WR die portionierten Handlungsfelder des KII-Papiers in das System der Wissenschaft ein. Er lehnt ein kleinteiliges Vorgehen nach Disziplinen ebenso ab wie die geläufige Segmentierung der Wissenschaft in Fächergruppen (Geistes-, Sozial-, Natur-, Lebens- und Technikwissenschaften). Um Synergien zu finden und Insellösungen zu vermeiden, entwickelt der WR stattdessen einen neuen Ansatz, um Informationsinfrastrukturen einzuteilen.²¹ Eine Konsequenz daraus ist die Empfehlung des WR, fächerübergreifende Plattformen aufzubauen.²²

Das Handlungsfeld Informationskompetenz sieht der WR wie KII als entscheidend für eine qualifizierte Nutzung netzbasierter Materialien in der Wissenschaft an und spricht Empfehlungen dazu aus.²³ Als neue, grundlegende Kulturtechnik solle sie bereits in der Schule gelehrt und später in allen grundständigen Studiengängen vertieft werden. Informations- und Medienkompetenz sei für Schulen und Hochschulen „eine disziplin- und fächerübergreifende Aufgabe, deren gesellschaftliche Bedeutung erheblich ist, und für die entsprechende personelle Ressourcen bereitgestellt werden müssen“. Dies deutliche Votum belegt auch, dass die langjährige Arbeit der Hochschulbibliotheken bei den Akteuren der Wissenschaftspolitik auf Bundesebene inzwischen anerkannt wird. Der WR sieht Informationskompetenz als eine unverzichtbare Grundlage für jede Ausbildung in der Wissenschaft an. Seine Empfehlung,

²¹ Vgl. dazu Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Weiterentwicklung (wie Anm. 1), S. 35–39.

²² Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Weiterentwicklung (wie Anm. 1), S. 39–40.

²³ Zu diesem Thema: Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Weiterentwicklung (wie Anm. 1), S. 41–42.

an den Hochschulen dafür zusätzliche Stellen einzurichten, ist auch ein wichtiger Baustein für den Ausbau der Bibliotheksarbeit auf diesem Gebiet.

Zum Thema Informationskompetenz hatte die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) 2010 eine eigene Arbeitsgruppe eingerichtet, deren Arbeitsergebnis seit Ende 2012 vorliegt²⁴. Sie empfiehlt u. a., die Aktivitäten auszuweiten (jedoch ohne Verpflichtung auf mehr Personal) und einen zentralen Ansprechpartner für Informationskompetenz in der Hochschule einzuführen. Festzuhalten bleibt, dass es den Hochschulbibliotheken gelungen ist, die hohe Relevanz von Informationskompetenz in der bundesweiten Planung zu Infrastrukturen für die Wissenschaft zu verankern.

Der WR beschäftigt sich außerdem mit vier weiteren zentralen Aufgabenfeldern einer forschungsorientierten Wissenschaftsplanung. Das erste Feld umfasst Analysen und Empfehlungen zur „Sammlung, Bewahrung und Zugänglichkeit nicht-digitaler Medien und Objekte“. Sie gehen über den Auftrag von KII hinaus und greifen auf die Empfehlungen des WR zu Infrastrukturen für die Geistes- und Sozialwissenschaften (2011) zurück²⁵; der WR verweist darauf und ergänzt sie. Eine kurze Analyse des Sachstands eingangs stellt fest, Deutschland verfüge auf diesem Gebiet über ungewöhnlich reiche Schätze. Sie seien teilweise unikal, vielfach selten und „für die Wissenschaft und andere gesellschaftliche Bereiche von nicht zu überschätzender Bedeutung“²⁶. Trotz neuer Forschungsmöglichkeiten anhand erstellter Digitalisate bleibe das vorhandene Sammelgut „auch künftig von Bedeutung für die Forschungskommunikation“; daher müsse seine „Nutzbarkeit und Nutzung [...] in bestmöglicher Qualität auf Dauer gewährleistet werden“²⁷. Leider schlägt die Hochschätzung des wissenschaftlichen Wertes dieser Materialien kaum auf die Empfehlungen durch. Sie beschränken sich auf die Forderungen, die Infrastruktureinrichtungen sollten strategische Kooperationsvereinbarungen schließen und die Länder müssten vor allem bei jenen Beständen an Hochschulen, die „für das Wissenschaftssystem funktional sind“²⁸, für eine ausreichende Grundfinanzierung sorgen. Diese Empfehlung könnte einen Ansatz bieten für den Versuch der Hochschulen, etwa zur Finanzierung landesbibliothekarischer Aufgaben oder bundesweit bedeutsamer Sammlungen das eigene Bundesland in die Pflicht zu nehmen. Bei den Themen Konservierung und Restaurierung empfiehlt der WR, das Programm der Kulturstiftungen des Bundes und der Länder fortzusetzen, und die Fördereinrichtungen sollen Projekte zur anwendungsbezogenen Forschung, unterstützen²⁹.

²⁴ Hochschulrektorenkonferenz: Hochschule im digitalen Zeitalter: Informationskompetenz neu begreifen – Prozesse anders steuern. Empfehlung der 13. Mitgliederversammlung vom 20.11.2012. <http://www.hrk.de/mitglieder/service/empfehlung-informationskompetenz/> (31.10.2013).

²⁵ Vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen zu Forschungsinfrastrukturen (wie Anm. 14).

²⁶ Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Weiterentwicklung (wie Anm. 1), S. 45.

²⁷ Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Weiterentwicklung (wie Anm. 1), S. 46.

²⁸ Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Weiterentwicklung (wie Anm. 1), S. 48.

²⁹ Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Weiterentwicklung (wie Anm. 1), S. 49–50.

Beim Aufgabenfeld „Digitale Transformation“ geht es ausschließlich um die Retro-Digitalisierung. Eine kurze Analyse erwähnt eingangs die Deutsche Digitale Bibliothek (ddb) als künftigen nationalen Aggregator für dieses Material. Dann stellt sie zwei Ziele vor: „einerseits die laufenden Prozesse zu beschleunigen und zu verstärken und andererseits die richtigen Prioritäten [...] zu bestimmen“³⁰. Betreiber von Forschungsprojekten müssten stärker mit Infrastruktureinrichtungen zusammenarbeiten, damit Materialien aus Projekten breit und dauerhaft zugänglich würden. Das ist ein Thema, zu dem die Hochschulbibliothek beitragen kann. Auch Urheberrechtsprobleme sind erwähnt. Dann folgen fünf Empfehlungen. Erstens solle die DFG ihre Förderung für weitere 10 Jahre fortsetzen. Zweitens müssten die Infrastruktureinrichtungen sich „medienformübergreifend“ auf Priorisierungskriterien für Projekte einigen. Der WR erörtert die Kriterien sogar im Detail. So „könnten schwer erschließbare Bestände höher priorisiert werden als bereits edierte“³¹. Hochschulbibliotheken könnten dies als Argument zur Digitalisierung ihrer Sondersammlungen nützen. Drittens seien technische und inhaltliche Mindeststandards nach dem Muster der DFG-Praxisregeln für alle Objekte von Retrodigitalisierung zu entwickeln. Viertens empfiehlt der WR, alle Digitalisierungsprojekte (ob beim Forscher oder in der Bibliothek) müssten in Zukunft vorab die Organisation des langfristigen Zugangs zu den Digitalisaten nachweisen; dies gelte besonders an Hochschulen. Fünftens plädiert auch der WR für eine rechtliche Absicherung, um noch durch Urheberrecht geschütztes Material zu digitalisieren. Diese Absicherung ist infolge der Änderung des Urheberrechtsgesetzes vom September 2012 gegeben. Man kann daher resümieren: Beim Thema Retro-Digitalisierung wird viel stärker deutlich, dass der WR die Vorschläge der Bibliothekare im Vorfeld kannte, sie für sinnvoll hält und ihre Realisierung anstoßen möchte.

Bei dem Zukunftsthema „Forschungsdaten“ tritt der WR „für maximale Publizität digitaler Forschungsdaten“ ein.³² Seine Analyse konstatiert erhebliche Mängel der Wissenschaft im Umgang mit Forschungsdaten, die laut WR auch qualitative Daten, etwa aus Befragungen, mit einschließen. Zunächst sei Transparenz über die Herkunft der Daten herzustellen. Sie müsse in Zukunft aus den Metadaten ersichtlich werden – eine wichtige Voraussetzung für eine Kontrolle der Zuverlässigkeit der Daten. Außerdem seien insbesondere sozial- und verhaltenswissenschaftliche Daten der Wissenschaft noch weitgehend unzugänglich. In vielen Forschungsbereichen gebe es nicht einmal Konventionen für Metadaten. Außerdem verfügten nur wenige Disziplinen über ein Datenrepositorium. Dieses sei leider für nicht an der Erstellung beteiligte Wissenschaftler häufig nicht zugänglich. Auch sei ungeklärt, ob man das Management und die langfristige Archivierung von Forschungsdaten besser disziplin-

³⁰ Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Weiterentwicklung (wie Anm. 1), S. 49.

³¹ Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Weiterentwicklung (wie Anm. 1), S. 52.

³² Zum Folgenden vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Weiterentwicklung (wie Anm. 1), S. 53–58, das Zitat ist auf S. 53.

spezifisch oder zentral und übergreifend (z. B. durch ausgebildete Data Librarians) organisieren solle.

Als Konsequenz seiner schonungslosen Analyse formuliert der WR drei Empfehlungen: Erstens sollten die Wissenschaftsfächer und die interdisziplinären Akteure miteinander Qualitätskriterien zur Erzeugung und zum Datenmanagement von Forschungsdaten entwickeln. Stichpunkte hier sind Konventionen für Metadaten, rechtliche und ethische Kriterien, Korrekturverfahren bei fehlerhaften Daten, die Publikation von Forschungsdaten (auch im Open Access), die Zitierfähigkeit, die Verlinkung zwischen der Publikation der Ergebnisse und der Publikation zugehöriger Daten sowie das Zitieren der Daten. Der WR sieht darin zugleich Schritte zu dem Ziel, die Reputation jener Wissenschaftler zu verbessern, die Forschungsdaten generieren. Das Thema der Datenfälschung, das außerhalb der Wissenschaft große Beachtung findet, wird dagegen nur kurz gestreift.³³

Die zweite Empfehlung zu Forschungsdaten beschäftigt sich mit deren Aufbereitung und Speicherung: Forschungsprojekte sollen künftig zusätzlich zentrale Ressourcen erhalten, um Daten aufzubereiten und zu dokumentieren.³⁴ Solche Ressourcen können auch für jene Hochschulbibliotheken nutzbar werden, die sich als Ansprechpartner bei Projekten mit Forschungsdaten etablieren möchten. Außerdem sei das Netz der Datenzentren und Datenservicezentren bundesweit (und in Absprache mit internationalen Initiativen) auszubauen. Die Forschungsförderung soll Projekte zu noch ungelösten Fragen der Langzeitverfügbarkeit ermöglichen. Eine dritte Empfehlung des WR vereinigt mehrere Punkte: Replikationsstudien sollten als eigenständige Forschungsbeiträge möglich sein, eine bessere Integration von quantitativen und qualitativen Methoden in Projekten sei zu fördern. Außerdem sollen Wissenschaftler gemeinsam mit den Infrastruktureinrichtungen Standards und Methoden zum langfristigen Zugriff auf Forschungsdaten entwickeln.

Das vierte Aufgabenfeld zur Informationsinfrastruktur des WR betrifft die „Langzeitarchivierung und Langzeitverfügbarkeit“ digitaler Medien für die Wissenschaft³⁵. Der WR teilt hier die Analyse von KII und würdigt seinerseits die spartenübergreifende Koordinierung durch das Netzwerk *nestor*. Leider wirkt sich bei diesem Handlungsfeld die Analyse nur teilweise auf die Empfehlungen aus. Erstens ruft der WR die Wissenschaftsdisziplinen dazu auf, mit den Infrastruktureinrichtungen zur Langzeitarchivierung intensiver zusammenzuarbeiten. Gemeinsam sollen sie disziplinübergreifende Entscheidungskriterien zu sechs Forschungsformen entwickeln, denen ggf. jeweils eine Informationsinfrastruktur entsprechen kann. Eine Aufgabe der

³³ Zu den Pflichten der Wissenschaftler insgesamt vgl. jetzt z. B. die überarbeitete Denkschrift der DFG „Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis / Safeguarding Good Scientific Practice“ vom Juli 2013. <http://www.dfg.de/sites/flipbook/gwp/#/1/> (31.10.2013).

³⁴ Bereits 2009 hatte die DFG Anforderungen formuliert: „Empfehlungen zur gesicherten Aufbewahrung und Bereitstellung digitaler Forschungsprimärdaten“. http://www.dfg.de/download/pdf/foerderung/programme/lis/ua_inf_empfehlungen_200901.pdf (31.10.2013).

³⁵ Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Weiterentwicklung (wie Anm. 1), S. 58–61.

Hochschulbibliothek ist hierbei nicht erkennbar. Die zweite Empfehlung hingegen ist grundlegend: Jeder Projektantrag soll künftig die Frage der Langzeitarchivierung berücksichtigen. Hier könnten Hochschulbibliotheken in Zukunft Projekte beraten und ggf. mitarbeiten – vor allem, wenn ein Forschungsprojekt hierfür Finanzmittel erhält. Die dritte Empfehlung bezieht sich auf E-journals als Publikationen von Verlagen und Fachgesellschaften. Hier bleibe zu klären, wie die Informationsinfrastruktur den Zugang zu Inhalten der Forschung langfristig sichern kann.

Die DFG und die Allianz der Wissenschaftsorganisationen (2012)

Wenige Tage vor der Publikation der WR-Empfehlungen hatte die DFG im Juli 2012 bereits eigene Planungen zur Zukunft der Forschungsinfrastrukturen publiziert.³⁶ Stärker als jene setzt die DFG auf Kontinuität und auf das Arbeiten im gewohnten DFG-Umfeld, in dem Wissenschaftler und Bibliothekare bereits seit langer Zeit kooperieren. Nach ihrer Auffassung soll ein abgestimmtes System von Informations-Infrastrukturen der Forschung drei Prinzipien befolgen³⁷: „eine strikte Ausrichtung an den Interessen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“ (in deren Rolle als Forscher), ein umfassender Zugang zu bereitgestellten Informationen für eine umfassende Nachnutzung sowie durchgängig die Koordinierung mit internationalen Strukturen. Die DFG verfolgt drei Aktionslinien, um den Aufbau der Forschungs-Infrastruktur zu unterstützen: Gespräche zwischen Wissenschaft (im Sinne von Forschung) und Informationsinfrastruktur, die Projektförderung von Innovationen sowie wissenschaftspolitische Aktivitäten mit dem Ziel, die Informationsversorgung der Forschung in die nationale und internationale Forschungspolitik zu integrieren.

Für Hochschulbibliothekssysteme sind an den DFG-Vorhaben zur Literaturversorgung zwei Punkte entscheidend: Die bundesweit ausgehandelten Allianz-Lizenzen für elektronische Produkte sollen als ein Förderschwerpunkt etabliert werden. Die Sondersammelgebiete, an denen eine Reihe von Universitätsbibliotheken betei-

³⁶ DFG, Ausschuss für Wissenschaftliche Bibliotheken und Informationssysteme: „Die digitale Transformation weiter gestalten – der Beitrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu einer innovativen Informationsinfrastruktur für die Forschung“, Bonn, 3.7.2012. Online-Publikation: http://www.dfg.de/download/pdf/foerderung/programme/lis/positionspapier_digitale_transformation.pdf (20.10.2013). Zu den durch die DFG bereits erfolgten Aktivitäten in Richtung auf eine bundesweite Informationsinfrastruktur vgl. die Beiträge des Themenhefts der Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie „Den Wandel gestalten – Informations-Infrastrukturen im digitalen Zeitalter“. Hrsg. von Rolf Griebel [u. a.]. In: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie (2011) H. 3–4. S. 116–199.

³⁷ DFG, Transformation (wie Anm. 36), S. 2–3.

ligt ist, sollen als Ergebnis externer Evaluierung³⁸ und interner Beratungen zu „Fachinformationsdiensten für die Wissenschaft“ weiterentwickelt werden. Diese könnten flexibler auf den Bedarf ihrer Zielgruppen zugeschnitten sein; sie sollen je einen wissenschaftlichen Beirat erhalten. Die Abkehr von einer einheitlichen Vorgehensweise für alle Wissenschaftsfächer dürfte in mehreren Disziplinen allerdings zur Folge haben, dass ausländische Fachliteratur in Deutschland nicht mehr dauerhaft vollständig zugänglich sein wird.

Bei der Digitalisierung wird die DFG die Forschungsförderung – in Kooperation mit Verlagen – auf urheberrechtlich geschütztes Material ausweiten sowie neue Materialgruppen ins Auge fassen (historische Zeitungen, Archivalien, Objektsammlungen). Zudem sollen Standards für die Beschreibung von Sammlungen (collection level descriptions) erarbeitet werden.

Zum Arbeitsfeld „Elektronische Publikationen“ weist die DFG auf Finanzierungsdefizite hin, die bei der Umstellung vom Subskriptionsmodell auf Publikationsgebühren drohen: „Es wird Umschichtungen geben, indem Mittel aus dem Etat zum Erwerb von wissenschaftlicher Literatur und Fachinformation in den Aufbau eines Publikationsfonds münden.“³⁹ Das bedeutet für die Praxis, dass die Anhebung des regulären Etats notwendig ist, um negative Effekte für die Literaturversorgung der Hochschulen zu vermeiden.

Auf ihrem Arbeitsfeld „Informationsmanagement“ betont die DFG die enge Wechselwirkung zwischen Wissenschaft und Infrastruktur. Sie bedingen einander gegenseitig; dies zeige sich an den virtuellen Forschungsumgebungen, bei der Sicherung von Forschungsdaten und bei den überregionalen Informationsservices, für deren Neuausrichtung die DFG seit 2012 Fördermittel ausschütten kann. 2013 gingen diese Mittel an drei übergreifende Projekte, welche die „Optimierung der Bibliotheksdateninfrastruktur“ (gemeint sind die Bibliotheksverbünde), erste Schritte zu einem bundesweiten Electronic Resource Management sowie den Aufbau eines bundesweiten Forschungsdatenzentrums zum Ziel haben. Außerdem soll ein bundesweites Angebot zur Langzeitarchivierung wissenschaftlicher Informationen gefördert werden. Bei den virtuellen Forschungsumgebungen, die ein stärker vernetztes Forschen erlauben, wird die DFG mehr Wert auf Standards und auf eine modulare, übergreifende Architektur legen, um Materialien stärker über die Fachgrenzen hinaus zur Verfügung zu stellen und im Projekt entwickelte Komponenten nachträglich nutzbar zu machen.

Über das Gesagte hinaus ist die DFG auch ein gewichtiger Partner in der Schwerpunktinitiative „Digitale Information“, welche die deutschen Wissenschaftsorganisa-

38 Evaluierung des DFG-geförderten Systems der Sondersammelgebiete. Bonn: DFG, Abt. Informationsmanagement 2011. Prognos-AG (Michael Astor, Georg Klose, Susanne Heinzelmann, Daniel Rosenberg). Bonn: DFG, Abt. Informationsmanagement 2011. http://www.dfg.de/download/pdf/dfg_im_profil/geschaeftsstelle/publikationen/evaluierung_ssg.pdf (4.10.2013); zu den Ergebnissen vgl. die Rezension von Ulrich Hohoff. In: ABI Technik (2013) H.1. S. 60–63; siehe auch den Beitrag von Christoph Kümmel in diesem Band.

39 DFG, Transformation (wie Anm. 36), S. 14.

tionen 2008 gemeinsam ins Leben gerufen hatten. Diese Initiative publizierte Mitte 2012 ein Planungspapier, das die „Fortsetzung der Zusammenarbeit in den Jahren 2013 bis 2017“ näher ausführt.⁴⁰

Die Allianz betreibt wichtige Vorhaben im Handlungsfeld Lizenzierung. Das Ziel ist, von angebotsorientierten Lizenzpaketen wegzukommen und Lizenzen nachfrageorientiert zu verhandeln. Neue wissenschaftsfreundliche Geschäftsmodelle könnten die bisherige Bezugsgröße „gedruckter Bestand“ bei Verhandlungen ersetzen. Wenn das gelingt, könnte auch die faktische Subventionierung der Verlage durch den Staat (über Umsatzgarantien für Lizenzpakete) vermindert und im Erwerbungssetat der Hochschulbibliothek ein gewisses Potenzial für Neuinvestitionen frei werden.

Die Initiative wird auf dem Handlungsfeld Open Access, für das sie bisher vor allem Öffentlichkeitsarbeit betrieben hatte, die Finanzierung des „Goldenen Wegs“ der Online-Erstpublikation im Verlag vorantreiben. Sie ergänzt damit die Linie der DFG. Hierzu werden Empfehlungen und Handreichungen zur Verfügung erarbeitet. Weitere Vorhaben sind die Definition von Kriterien zur Übernahme von Verlagskosten (Publikationsgebühren) durch die Institution des Wissenschaftlers und die Erweiterung der Inhalte von Repositorien.

Das Handlungsfeld „Hosting-Strategie“ ist durch ein DFG-finanziertes bundesweites Projekt geprägt. Es soll einen „doppelten Boden“ für lizenzierte und freie Verlagseinhalte einziehen, damit diese den Nutzern dauerhaft zugänglich werden. Dieses Vorhaben ist ein gutes Beispiel dafür, wie eng die Linien der künftigen Informations-Infrastruktur der Forschung miteinander verknüpft sind. Es wird nur erfolgreich sein, wenn der Datenfluss zu den weiteren Strukturbausteinen (Lizenzierung, Open Access, Forschungsdaten, virtuelle Forschungsumgebungen, Langzeitarchivierung) laufend gewährleistet wird.

Die DFG und die Allianz-Initiative verfolgen auch bei den Forschungsdaten dieselbe Linie. Beide konzentrieren sich auf den Bedarf der Fächer (hierzu wird die Initiative Checklisten erarbeiten und Beispiele von best practice dokumentieren) und plädieren für den Anschluss an internationale Strukturen. Dies gilt auch für Forschungsdatenzentren, deren Aufbau verstärkt im Fokus der Initiative steht; hier harren u. a. zahlreiche rechtliche Probleme einer Lösung. Zu den virtuellen Forschungsumgebungen kündigt die Initiative an, das Strukturproblem zu lösen: Sie wird die Überleitung von der Projektfinanzierung in einen dauerhaften Betrieb unterstützen, indem sie dafür Empfehlungen entwickelt und den Austausch von Erfahrungen der Akteure stärker fördert. Hochschulbibliotheken, die an einer Forschungsumgebung beteiligt sind, dürften davon profitieren.

⁴⁰ Schwerpunktinitiative „Digitale Information“ der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen: Fortsetzung der Zusammenarbeit in den Jahren 2013 bis 2017, München 26. Juni 2012. http://www.allianzinitiative.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunktinitiative_2013-2017.pdf (21.11.2013).

Das Papier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zu Forschungsinfrastrukturen für die Geistes- und Sozialwissenschaften (2013)

Im Januar 2013 gab das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in der Broschüre „Forschungsinfrastrukturen für die Geistes- und Sozialwissenschaften“ einen umfangreichen Überblick über die vom BMBF (mit-)geförderten Einrichtungen und Projekte.⁴¹ Der Leser findet dort Porträts von fünf Infrastrukturen. An zwei von ihnen sind wissenschaftliche Bibliotheken beteiligt: am Institut gesis für die Sozialwissenschaften und am Projekt textgrid für elektronische Editionen. Ministerin Johanna Wanka betont, dass die beiden großen Fächergruppen das bisher bevorzugt geförderte naturwissenschaftliche Methodenspektrum entscheidend ergänzen. Alle fünf Infrastrukturen sind übrigens auch international über das „European Strategy Forum on Research Infrastructures“ (ESFRI) der EU vernetzt. Am Ende der Broschüre gibt das Ministerium einen kurzen Ausblick⁴², weist auf Gespräche zwischen Bund und Ländern über den vom WR empfohlenen „Rat für Informations-Infrastrukturen“ hin und spricht auch das Problem der dauerhaften Finanzierung dieser Strukturen kurz an.

Im April 2013 stellte das BMBF seine „roadmap“ für Forschungsinfrastrukturen vor.⁴³ Sie enthält Porträt von 24 (mit)geförderten Infrastrukturen aus der Grundlagenforschung; drei weitere sind beschlossen und sollen sie in Kürze ergänzen. Die meisten Vorhaben finden in den Naturwissenschaften statt und alle sind international vernetzt.

Am 22.11.2013 beschloss die GWK, den „Rat für Informationsinfrastrukturen“ für zunächst vier Jahre ins Leben zu rufen.⁴⁴ Es soll vor allem strategische Fragen behandeln, Doppelungen vermeiden helfen sowie Kooperationen anregen und prüfen. Der Rat soll aus 24 Personen bestehen; die Nutzer und die Betreiber der wissenschaftlichen Informations-Infrastrukturen werden sie entsenden.

⁴¹ Bundesministerium für Bildung und Forschung: Forschungsinfrastrukturen für die Geistes- und Sozialwissenschaften. Bonn, Januar 2013. http://www.bmbf.de/pub/forschungsinfrastrukturen_geistes_und_sozialwissenschaften.pdf (20.11.2013).

⁴² Bundesministerium für Bildung und Forschung, Forschungsinfrastrukturen (wie Anm. 41), S. 40.

⁴³ Bundesministerium für Bildung und Forschung: Roadmap für Forschungsinfrastrukturen. Pilotprojekt des BMBF. Bonn, April 2013. http://www.bmbf.de/pub/roadmap_forschungsinfrastrukturen.pdf (20.11.2013).

⁴⁴ Pressemitteilung 16/2013: Ergebnisse der Sitzung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) am 22. November 2013, S. 2. <http://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Pressemitteilungen/pm2013-16.pdf> (25.11.2013).

Resümee

Das Ziel der Initiativen ist es, Einrichtungen und Dienstleistungen, welche „Informationsinfrastrukturen“ für die Forschung bereitstellen, in Zukunft bundesweit zu koordinieren. Jene Infrastrukturen, welche die Wissenschaft nur einmal braucht, sollen nur an einer Stelle bzw. von einem Dienstleister, aber eben für sämtliche wissenschaftliche Nutzer in Deutschland angeboten werden. Die bisherige Vielfalt der Angebote soll gestrafft werden. Erreicht wurde bisher, dass relevante bundesweite Einrichtungen der Wissenschaftsberatung und die Förderorganisationen sich mit den anstehenden Themen beschäftigt und Arbeitsfelder für eine Koordinierung benannt haben. Dies sind wesentliche erste Schritte, um den Weg zu einer stärker koordinierten Informationsinfrastruktur in Deutschland, auf dem sich zahlreiche Probleme stellen, zu beschreiten. Der „Rat für Informationsinfrastrukturen“ soll nun bundesweite Konzeptionen entwickeln. Dies kann nur bei gutem Willen zu Arbeitsteilung und zu enger Abstimmung gelingen, denn der neue „Rat“ wird wenig durchsetzen können. Es droht die Gefahr, dass Vorhaben im Dickicht der verknäuelten Bildungsstruktur von Bund und Ländern hängenbleiben. Vor allem müssten Bund und Länder den Konzepten des „Rates“ folgen, eine geeignete Kostenaufteilung für den Aufbau neuer dauerhafter Strukturen finden und diese auch auf Dauer finanzieren. Noch ist offen, ob dieser Kraftakt zu bewältigen ist. Es liegt keine Schätzung der Mehrkosten vor, auch keine Schätzung jenes Kostenanteils, der sich durch bundesweite Informations-Infrastrukturen einsparen ließe. Das finanzielle Minimum zum Aufbau neuer Strukturen wäre erreicht, wenn wenigstens die eingesparten Mittel reinvestiert würden.

Die Benutzer der Hochschulbibliotheken werden zugleich die größte Nutzergruppe der neuen Infrastrukturdienste für die Forschung sein. Die Hochschulbibliotheken konnten sich mit einigen ihrer Anliegen in den bundesweiten Papieren Gehör verschaffen (Open Access, Informationskompetenz). Bei anderen Anliegen fehlen noch Konzepte auf Landesebene (z. B. Digitalisierung, Langzeitarchivierung) als Unterbau, um darauf bundesweite Angebote aufzubauen. In einigen Fällen existiert ein bundesweites Konzept, doch kann es wegen geringer Finanzierung keine Durchschlagskraft entfalten; das deutlichste Beispiel dafür ist die Deutsche Digitale Bibliothek. Nach wie vor werden auch übergreifende Aufgaben im Bibliothekswesen nur in Projektform finanziert (z. B. die Fachinformationsdienste und die virtuellen Fachbibliotheken). Wenn für sie dauerhaft Nachfrage besteht, sollten ihre Träger den Willen zu Nachhaltigkeit und Institutionalisierung nachweisen, indem sie sie dauerhaft finanzieren.

Die Kernforderung des WR, bundesweit wichtige Infrastrukturen für die Forschung durch bessere Kooperation von Bund und Ländern zu erreichen, wird sich wegen der Aufgabenverteilung in Bildungsfragen laut Grundgesetz wohl kaum wie vorgeschlagen realisieren lassen. Eine andere Kernforderung des WR, Informationsinfrastrukturen der Forschung verstärkt an Hochschulen anzusiedeln, wurde noch

gar nicht einmal aufgegriffen und breiter diskutiert. Die Hochschulen und ihre Bibliotheken sollten dies anstoßen. Sie würden damit zur Nutzerperspektive der neuen Dienste beitragen und helfen, Fehlinvestitionen zu vermeiden. Denn die bei weitem meisten Nutzer neuer Dienste werden die Wissenschaftler der Hochschulen sein – und deren Informationsbedarf kennen die Hochschulbibliotheken genau.